Liechtensteinisches Landesgesetzblatt

Jahrgang 2010

Nr. 135

ausgegeben am 12. Mai 2010

Gesetz

vom 16. März 2010

über die Abänderung des Gerichtsgebührengesetzes

Dem nachstehenden vom Landtag gefassten Beschluss erteile Ich
Meine Zustimmung:¹

I.

Abänderung bisherigen Rechts

Das Gesetz vom 30. Mai 1974 über die Gerichtsgebühren (Gerichtsgebührengesetz, GGG), LGBl. 1974 Nr. 42, in der geltenden Fassung, wird wie folgt abgeändert:

Art. 10 Bst. f

Von der Zahlungspflicht und Haftung für Gebühren aller Art sind befreit:

f) jeder amtlich bestellte Kurator oder Sachwalter.

¹ Bericht und Antrag sowie Stellungnahme der Regierung Nr. 70/2009 und 10/2010

Art. 42 Bst. m bis p

Für andere gerichtliche Amtshandlungen oder Entscheidungen sind folgende Gebühren einzuheben:

- m) für die Beurkundung einer Vorsorgevollmacht gemäss § 284b Abs. 2 ABGB und jede weitere Beurkundung eine Protokollgebühr von 150 Franken;
- n) für die Errichtung einer Vorsorgevollmacht gemäss § 284b Abs. 3 ABGB und jede Änderung eine Protokollgebühr von 500 Franken;
- o) für die Registrierung einer Vorsorgevollmacht, einschliesslich ihres Wirksamwerdens, einer Sachwalterverfügung oder einer Abänderung oder eines Widerrufs einer Vorsorgevollmacht oder Sachwalterverfügung im Zentralen Vertretungsverzeichnis (§ 284e ABGB) eine Verwaltungsgebühr von 100 Franken;
- p) für die Ausstellung einer Urkunde zur Bestätigung des Wirksamwerdens einer Vorsorgevollmacht (§ 284f Abs. 2 ABGB) 50 Franken.

II.**Inkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit dem Gesetz vom 16. März 2010 über die Abänderung des Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches in Kraft.

In Stellvertretung des Landesfürsten:

gez. *Alois*

Erbprinz

gez. *Dr. Klaus Tschütscher*

Fürstlicher Regierungschef